



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart, Martin Böhm, Christian Klingen, Gerd Mannes, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

### **Heimische Landwirte und südamerikanische Ökosysteme vor negativen Auswirkungen internationaler Freihandelsverträge schützen - geplantes Mercosur-Abkommen verhindern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosurstaaten nicht ratifiziert wird.

#### **Begründung:**

Die Europäische Union will mit den Südamerikanern die größte Freihandelszone der Welt erschaffen – ein Markt mit mehr als 772 Millionen Konsumenten und einem beidseitigen Handelsvolumen von 93 Mrd. Euro. Das Handelsabkommen zwischen der EU und dem südamerikanischen Mercosur-Staatenbund, dem Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay angehören, bedroht die heimische Landwirtschaft existenziell. Seit dem Scheitern von TTIP sollte bei neuen Handelsabkommen darauf geachtet werden, dass Handelspartner ihre Produkte in Europa nicht deswegen billig verkaufen können, weil sie ihre eigenen Bürger ausbeuten und ihre Natur ruinieren.

Innerhalb der EU herrscht Konsens, dass der sog. „Klimaschutz“ allererste Priorität hat. Dieser Deal konterkariert alle diese Bemühungen, indem er dazu beiträgt, dass die „Grüne Lunge“ der Welt durch Abholzung noch weiter dezimiert wird. Forscher der ETH Zürich haben erst kürzlich bestätigt, dass die atmosphärische CO<sub>2</sub>-Konzentration durch konsequenten Schutz des Regenwalds und Wiederaufforstung so schnell und nachhaltig gesenkt werden kann, dass weitere fragwürdige Zwangsmaßnahmen wie Steuern obsolet würden.

Ferner sollen über das Abkommen Zölle und andere Handelshemmnisse abgebaut werden, um den Warenaustausch zu stärken und Großkonzernen Kosteneinsparungen in Milliardenhöhe zu bringen, während bäuerliche Familienbetriebe in ihrer Existenz bedroht werden und die heimischen Konsumenten Ware angeboten bekommen, die nicht den europäischen Qualitätsstandards entsprechen. Damit würden aber vor allem kleinere bayerische Bauernhöfe, insbesondere durch Einfuhr von Rindfleisch aus Argentinien gefährdet. Das Abkommen sieht vor, dass jährlich 100.000 Tonnen Rindfleisch in die EU gelangen. Das sind 600.000 Tiere. Diese Menge kommt noch zusätzlich zu den 50.000 Tonnen hinzu, die im Zuge des Freihandelsabkommens zwischen Kanada und der EU auf den europäischen Märkten angeboten werden. Die Rinderhalter in Europa wären chancenlos im Wettbewerb mit den südamerikanischen Großfarmern.

Darüber hinaus steht durch die zu erwartende Steigerung der Zuckerrohrproduktion in Südamerika der europäische Zuckerrübenanbau vor dem kompletten Aus!

Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Europäische Union diese Vereinbarung unterzeichnet. Wir verschärfen in der EU laufend einseitig die Umweltstandards für die Landwirtschaft sowie die Anforderungen an die Bewirtschaftung und die Beschäftigung von landwirtschaftlichen Saisonarbeitskräften. Mit dem geplanten Freihandelsabkommen wird eine erhebliche Beeinträchtigung der heimischen Landwirtschaft in Kauf genommen, während die Konkurrenz aufgrund der niedrigeren Standards für Umweltschutz, Tierwohl und Soziales mit erheblichen Kostenvorteilen rechnen kann. Dies stellt eine klare Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil unserer Landwirte dar.